

Beschluss des Landrats vom 25.06.2020

Nr. 490

19. Weiterführung der kantonalen Koordinationsstelle für Kinder- und Jugendhilfe 2017/650; Protokoll: ak

Kommissionspräsident **Pascal Ryf** (CVP) erklärt, das Postulat habe drei Forderungen enthalten: einerseits dass die Projektstelle in eine unbefristete Stelle überführt werden soll, andererseits dass Verbesserungen im System der Kinder- und Jugendhilfe umgesetzt werden sollen – und zudem die Frage, bis wann das Kinder- und Jugendhilfegesetz im Kanton Basel-Landschaft erstellt werde. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht die Arbeiten rund um die Koordination und Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe im Kanton gewürdigt und festgestellt, dass noch grosses Verbesserungspotenzial betreffend die Kohärenz besteht; denn nur ein aufeinander abgestimmtes Kinder- und Jugendhilfe-System hat volle Wirkungskraft. Es braucht eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hat am 7. Mai 2020 die Vorlage beraten. Die Mitglieder waren mit den ausführlichen und fundierten Antworten sehr zufrieden; sie danken Franziska Gengenbach für ihre Ausführungen. Positiv gewertet wurde, dass die befristete Stelle in eine unbefristete überführt werden konnte. Es gab aber auch Zweifel und Fragen. Einerseits wurde die 60-Prozent-Stelle für ein so wichtiges Amt als zu gering betrachtet. Weiter gibt es noch viele offene Baustellen im Bereich der Schulsozialarbeit, im Bereich der frühen Förderung; dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz noch immer nicht besteht, wurde ebenfalls kritisiert. Dass der Regierungsrat dieses Gesetz 2008 in Auftrag gegeben hat und dieser Prozess auch in den nächsten 2-3 Jahren nicht abgeschlossen sein wird, wurde von vielen als zu lange erachtet.

Die Kommission beantragt mit 11:2 Stimmen Abschreibung des Postulats.

– *Eintretensdebatte*

Ernst Schürch (SP) kann sich Kommissionspräsident Pascal Ryf weitgehend anschliessen. Die unbefristete Stelle für die Koordination der Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wurde geschaffen und ist besetzt. Ein VAGS-Projekt zur Erarbeitung des entsprechenden Gesetzes ist aufgegleist. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb einstimmig die Abschreibung des Postulats.

Ermando Imondi (SVP) dankt dem Kommissionspräsidenten für seine guten Ausführungen. Auch die SVP-Fraktion ist für die Abschreibung des Postulats.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist eine interdirektionale Aufgabe, aber mittelfristig sind im Aufgaben- und Finanzplan 2020–23 nur bei der Sicherheitsdirektion soziale Ziele im Familienbereich aufgeführt. Es wäre angemessen, dass die BKSD, die den Lead im Bereich Kinder- und Jugendhilfe hat, die einzelnen und relevanten Schritte ebenfalls in ihrer Mittelfristplanung aufführen würde. Frühestens 2021 kann man mit der Erarbeitung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Rahmen einem VAGS-Projekt beginnen – obwohl der Anstoss dazu schon 2008 gegeben wurde. Es wäre wünschenswert, dass die Kinder- und Jugendhilfe in Zukunft mehr Gewicht und eine höhere Priorität erhalte.

Anna-Tina Groelly (Grüne) gibt bekannt, dass auch die Fraktion Grüne/EVP für Abschreiben des Postulats sei. In der Kommission wurde aufgezeigt, was im Moment alles gemacht wird und welches die Pläne für die Zukunft sind. Es ist offensichtlich, dass es noch offene Baustellen gibt. Es wurde jedoch versichert, dass diese angegangen werden – und darauf ist nun wirklich sehr zu hoffen.

Jürg Vogt (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion sei ebenfalls froh über das Postulat und den umfassenden Bericht. Dafür dankt er dem Regierungsrat und der Verwaltung. Es handelt sich um eine Art Zwischenbericht in Sachen Kinder- und Jugendhilfegesetz. Dieses VAGS-Projekt soll nun möglichst schnell erarbeitet und umgesetzt werden. Es sind tatsächlich viele Seiten involviert, aber dennoch müssen nun die Ressourcen für die Erarbeitung des Gesetzes zur Verfügung gestellt werden. Die FDP-Fraktion unterstützt die Abschreibung.

Patricia Bräutigam (CVP) schliesst sich dem Kommissionspräsidenten und ihren Vorredner(inne)n an. Die CVP/glp-Fraktion ist dankbar für die ausführliche Beantwortung des Postulats, denn ihr liegt dieses Thema sehr am Herzen. Es ist erfreulich, dass die befristete Projektstelle mittlerweile als unbefristete Stelle weitergeführt werden kann. Unzufrieden ist die Fraktion damit, dass die gesetzliche Umsetzung so lange dauert; sie wünscht sich sehr, dass der Kinder- und Jugendhilfe grundsätzlich eine höhere Priorität eingeräumt wird. Dazu gehört beispielsweise auch, dass dieses Thema in der Mittelfristplanung der BKSD Platz bekommt. Nichtsdestotrotz wird die CVP/glp-Fraktion der Abschreibung des Postulats zustimmen; sie hofft allerdings, dass die Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe künftig schneller vorangetrieben wird.

Pascal Ryf (CVP) redet nun als Einzelsprecher, genauer: als Postulant. Er dankt herzlich für die Beantwortung seines Postulats und unterstützt dessen Abschreibung. In der Planung 2020-2023 im AFP hat der Regierungsrat seinen Willen ausgewiesen, im Bereich Kinder- und Jugendhilfe mit einem modernen und bedarfsgerechten Gesetz eine wirksame Unterstützung zu ermöglichen. Die strategische Stossrichtung sieht vor, dass die Jugendhilfe bedarfsgerecht weiterentwickelt wird, was sehr gut ist. Auf gesetzlicher Ebene ist bislang aber nur die Verankerung der Schulsozialarbeit auf der Primarstufe festgelegt worden, und dies auch als offene «Kann»-Formulierung für die Gemeinden. Es ist sehr zu hoffen, dass die Landratsvorlage zur ambulanten Kinder- und Jugendhilfe bald an den Landrat überwiesen wird, damit bei den betroffenen Familien direkt Wirkung erzielt werden kann. Aus der Postulatsantwort geht auch hervor, dass eine konsistente, schlüssige Planung zur Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe vorhanden ist. Es steht aber nirgendwo etwas dazu, dass der Regierungsrat in angemessenen Etappen auch darüber Bilanz ziehen soll; das wäre aber zusätzlich wünschenswert.

Andrea Heger (EVP) schliesst sich dem Votum von Ermando Imondi an. Im Jahresbericht 2019 des Regierungsrats fiel ihr auf, dass bei der Kinder- und Jugendhilfe ein Minderaufwand in Höhe von CHF 3,3 Mio. verzeichnet wurde. Als der Kommission das Geschäft präsentiert wurde, war dies sehr ausführlich und einleuchtend, weshalb das Postulat auch abgeschrieben werden kann. Aber dieser Minderaufwand von CHF 3,3 Mio. in einem derart wichtigen Bereich sind doch sehr erstaunlich. Vielleicht kann die Bildungsdirektorin dazu – allenfalls in der Kommission – noch genauer Auskunft geben.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 70:1 Stimmen wird das Postulat 2017/650 abgeschrieben.
